

# Umstrittene KIT-Aufträge

**Karlsruhe** (dpa/lsw). Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) betont, dass es sich bei den umstrittenen Forschungsaufträgen aus dem Pentagon um „reine Grundlagenforschung“ handelt. „Wir machen keine Rüstungsforschung“, sagte KIT-Präsident Holger Hanselka. Das KIT sei sich seiner Verantwortung bewusst und verpflichte in seinen ethischen Leitlinien jeden Wissenschaftler und jede Wissenschaftlerin, mit den Erkenntnissen behutsam umzugehen.

Die Bundestagsfraktion der Linken hat in dieser Woche eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage mitgeteilt, wonach das KIT innerhalb der vergangenen zehn Jahre fünf Pentagon-Projektaufträge im Umfang von nahezu einer Million Euro erhalten hat. Das KIT ist eines von insgesamt 22 Instituten, die laut Forschungsministerium Mittel von Verteidigungsministerien in anderen Staaten erhalten haben (die BNN berichteten). Die Bundestagsabgeordnete Nicole Gohlke (Linke) kritisierte, dass seit Jahren „militärisch motivierte Forschung“ an öffentlichen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland stattfindet. Bei den Projekten sei es um reine Grundlagenforschung ohne militärischen Charakter gegangen, sagte Hanselka. Ein Projekt habe sich mit Geothermie befasst, also mit der Erforschung von Erdwärme, ein anderes mit Strömungsmechanik mit Blick auf die Vorhersage von tropischen Wirbelstürmen. Projektmittel von Verteidigungsministerien anderer Länder habe es nicht gegeben.

„Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass es bei technischen Entwicklungen immer einen Dual Use geben kann“, sagte der KIT-Präsident. Mit diesem Fachbegriff wird die Möglichkeit bezeichnet, dass Technik sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden kann. „Was natürlich niemand garantieren kann, ist, wie die Ergebnisse aus der Grundlagenforschung dann technologisch weiterentwickelt werden, und in welchen Anwendungen diese sich dann wieder finden.“ Grundlagenforschung werde in der Regel immer aus öffentlichen Mitteln staatlicher Stellen finanziert, erklärte Hanselka.

**Badische Neueste  
Nachrichten |  
Karlsruhe |  
SÜDWESTECHO |  
10.01.2014 |**